

Hearing zur Landtagswahl am 4.4.2017

Einführung von Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

[- Begrüßung -]

Es ist nicht das erste Mal.

Und jedesmal war dieser Saal, in dem wir auch heute wieder zu Gast sein dürfen, gut gefüllt.

Im Jahr 2008 haben 18 im Bundesland tätige Zuwanderungs- und Integrationsfachdienste das erste „*Hearing zur Situation von Migrant\*innen in Schleswig-Holstein*“ durchgeführt.

Sie haben dabei mit Vertreter\*innen verschiedener Ministerien und Parteien den Dialog gesucht und – auch das gehört dazu – die Kontroverse ausgetragen.

Im März 2012 – wie heute auch kurz vor der Landtagswahl – folgte mit demselben Dialogkonzept das nächste Hearing.

Wieder von 18 Organisationen – und diesmal schon in der Titelgebung selbstbewusster – zum „*Einwanderungsland Schleswig-Holstein*“ ausgelobt.

Vielleicht war es ja u.a. auch die Erfahrung mit diesem Format, die schließlich der Landesregierung Mut machte, es auch selbst mal mit dem breit angelegten gesellschaftlichen zuwanderungspolitischen Diskurs zu versuchen:

Im Mai 2015 und im November 2016 ludt die Staatskanzlei Akteure aus Bundes- und Landesverwaltungen, Kommunen, Wirtschaft, Bildungsinstitutionen, Migrant\*innenorganisationen, Integrationsfachdiensten, Partizipationsgremien und engagierte Bürgerinnen und Bürger zu Flüchtlingskonferenzen ein.

Schon im Vorfeld sekundiert wurde dieses staatlich organisierte Forum 2015 durch ein gut 30-seitiges, insbesondere von 6 Fachdiensten und Lobbyorganisationen erarbeitetes Papier mit „*Flüchtlingspolitischen Handlungsbedarfen und Umsetzungsstrategien*“.

Zur Erinnerung: Die Flüchtlingskonferenz vom 6. Mai 2015 und der dabei verabschiedete Flüchtlingspakt fielen in eine flüchtlingspolitische Zeitenwende:

Im Frühjahr auf Grundlage der im Bundesland erwarteten 20.000 Asylanträge und entsprechend absehbarer Bedarfe für das laufende und Folgejahre geplant, waren diese Annahmen mit schließlich bereinigt über 35.000 in Schleswig-Holstein aufgenommenen Asylsuchenden ab Herbst schon Makulatur.

Ähnlich erging es dem *Willkommenssignal* des Flüchtlingspakts:

Noch mit dem Rückenwind bundesrechtlicher Liberalisierungen des Vorjahres erdacht, wurde der Pakt am 6. Mai als Auftakt einer künftigen integrationsfreundlichen Flüchtlingsaufnahmepolitik im Konsens mit Kommunen und gesellschaftlichen Institutionen beschlossen.

Schon zwei Tage später aber, am 8. Mai 2015, läutete der erste im Bundeskanzleramt zelebrierte Flüchtlingsgipfel die von Bund und Ländern seither forcierte harte Linie einer erneut restriktiven Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ein.

Was aber Bestand hatte und bis heute hat, ist ein breites, in der Flüchtlingssolidarität, für nachhaltige Integration und gegen Rassismus engagiertes Bürger\*innen-Engagement.

Unter diesen Vorzeichen stand im Herbst 2016 die Herausgabe des ersten *Grünbuchs 1.0* durch immerhin 13 Lobbyorganisationen und Integrationsfachdienste. [! Fb...]

Auf über 70 Seiten wurden nicht nur die mal mehr und mal weniger flüchtlingsintegrationsfreundlichen Ansätze der Landesregierung zwischenbilanziert.

Auch der insbesondere vom Bund ausgehende flüchtlingsfeindliche Paradigmenwechsel und seine erheblich problematischen Auswirkungen auf gesellschaftliche Stimmungslagen wurden thematisiert.

Aber auch und nicht zuletzt – Handlungs- und Änderungsbedarfe sowie diesbezügliche Zuständigkeiten genannt und Forderungen formuliert.

Gestern nun haben wir Landtagsvizepräsident Heinemann – in seiner Rolle als höchster Repräsentant der Parteiendemokratie im Bundesland – das 84 seitige *Grünbuch 2.0* übergeben.

Es erscheint – herausgegeben von 10 Organisationen und erarbeitet von 22 Autor\*innen – zur anstehenden schleswig-holsteinischen Landtagswahl.

Im Fokus stehen also diesmal nicht so sehr die Landesregierungskonzepte und -praktiken, sondern die zuwanderungs- und integrationspolitischen Vorstellungen der im Wahlkampf und an den Urnen konkurrierenden Parteien.

Unter dem Dreiklang

„*Integration, Teilhabe und Zusammenhalt*“

- allerdings mit „?“ -

versucht das *Grünbuch 2.0* aufzuzeigen, was die Parteien an zuwanderungs-, integrations- und gesellschaftspolitischen Innovationen für die anstehende Legislaturperiode zu bieten haben.

Oder was von ihnen an möglichen Destruktionen droht.

Wer allerdings erwartet, aus dem *Grünbuch 2.0* herauslesen zu können, auf welche parteipolitische Seite sich seine Macher\*innen schlagen, wird enttäuscht sein.

Das *Grünbuch 2.0*, und das gilt auch für das heutige Hearing, bietet keinen seichten parteipolitischen Catwalk.

Es geht um nicht weniger, als um die seriöse Profilierung der Parteiendemokratie im Einwanderungsland Schleswig-Holstein.

In 20 Beiträgen analysiert das *Grünbuch 2.0* die Aussagen der Parteiprogramme u. a.

- zur Gestaltung von Flüchtlingsaufnahme,
- zu Rechtsfragen von Asyl, über Integration bis Einbürgerung,
- zum Verhältnis von Land und Bund in zuwanderungs- und integrationspolitischen Fragen,
- zu besonders schutzbedürftigen Gruppen wie z.B. Frauen, Kindern, getrennten Familien oder Menschen mit Handicaps,

- zu Chancengerechtigkeit beim Zugang in Schule, Ausbildung und Arbeit,
- zu gemeinsamen Interessen an nachhaltiger sozialer und kultureller Integration,
- zur humanitären und volkswirtschaftlichen Problematik der Aufenthaltsbeendigung
- zu gesellschaftlicher und institutioneller Diskriminierung - und nicht zuletzt
- zu Strategien gegen Rassismus und für mehr Teilhabe von Migrant\*innen. Damit ist das Grünbuch 2.0 nicht weniger, als der Katalog der in der anstehenden Legislaturperiode zu leistenden Aufgaben und zu lösenden Probleme.

Und es bildet die inhaltliche Grundlage für die heute hier im Landeshaus noch folgenden Hearingbeiträge und Diskussionen. Möglicherweise ist Ihnen aufgefallen, dass das Parteienspektrum, mit dem sich das Grünbuch 2.0 beschäftigt, größer ist, als es die Teilnehmer\*innen auf dem heutigen Podium abbilden.

Für einen Dialog über künftige zugewanderungs- und gesellschaftspolitische Handlungsbedarfe und Strategien diskreditieren sich aus unserer Sicht solche, die u.a. zur Bewältigung des „Asylproblems“ vorschlagen, Geflüchtete auszuhungern oder in exterritorialen Lagern zu internieren.

Oder die in öffentlichen Wortmeldungen sogar einfordern, Schutzsuchende noch vor dem Grenzübertritt zu erschießen, oder die regelmäßig Gewalt gegen Minderheiten relativieren.

Dass eine sich Verfassungswerten und der Idee der gesellschaftlichen Vielfalt verpflichtete Analyse es allerdings leisten muss, den öffentlichen Blick auch auf die Rattenfänger der Parteiendemokratie zu lenken,

bedingt, dass das Grünbuch sich mit allen absehbar am Wahltag relevanten Parteien und ihren Programmen befassen muss.

Diesen – zum Beispiel beim heutigen Hearing – aber ein öffentliches Forum einzuräumen, schließt sich für uns allerdings kategorisch aus.

Die Lage ist ernst genug und das Brett, das gebohrt werden muss, ist dick:

Die Landespolitik in der anstehenden Legislaturperiode muss grundlegend ausweisen, welche Maßnahmen zu einem positiven gesellschaftlichen Klima beitragen,

wie das Land seine volle Souveränität in Fragen der Flüchtlingsaufnahme und des nachhaltigen Schutzes auch gegenüber dem Bund verteidigen und durchsetzen kann,

welcher nachhaltig Bleibeperspektiven für alle schaffenden rechtlichen und strukturellen Regelungen es bedarf und

welche bereits existierenden landesrechtlichen Standards im Sinne einer Teilhabegerechtigkeit erhalten oder verändert werden müssen,

damit migrationsbedingte Vielfalt zum Normalfall werden kann und Diskriminierung die zu bekämpfende Ausnahme bleibt.

Wie das ihres Erachtens gehen wird, erklären uns hoffentlich unsere heutigen Podiumsteilnehmer\*innen, die ich hiermit nochmals herzlich begrüßen möchte:

- MdL Eka von Kalben für Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
- MdL Barbara Ostmeier für die CDU,
- Frau Marianne Kolter für die DIE LINKE,
- MdL Anita Klahn für die FDP,
- MdL Angelika Beer für die PIRATENPARTEI,
- Frau Özlem Ünsal für die SPD und
- MdL Lars Harms für den SSW.

Doch zuvor nehmen wir uns heraus, aufzuzeigen, welche in der anstehenden Legislaturperiode zu bewältigenden zuwanderungspolitischen und einwanderungsgesellschaftlichen Handlungsbedarfe sich stellen.

Dazu werden wir drei thematische Inputs hören:

- Flüchtlingsaufnahme und Integration (Doris Kratz-Hinrichsen, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein)
- Ausländerrechtliche Aspekte auf Landesebene und Politik der Einbürgerung (Torsten Döhring, Stellvertretender Zuwanderungsbeauftragter SH)
- Interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierung (Astrid Willer, IQ Netzwerk Schleswig-Holstein)

An jeden thematischen Block schließt das von meinen Kolleginnen Jasmin Azazmah und Claudia Rabe moderierte Podiumsgespräch und die Diskussion mit dem Auditorium an.

Ich bin gespannt. Sie auch???

Vielen Dank.